



Neues aus dem Landtag für die Region Landshut

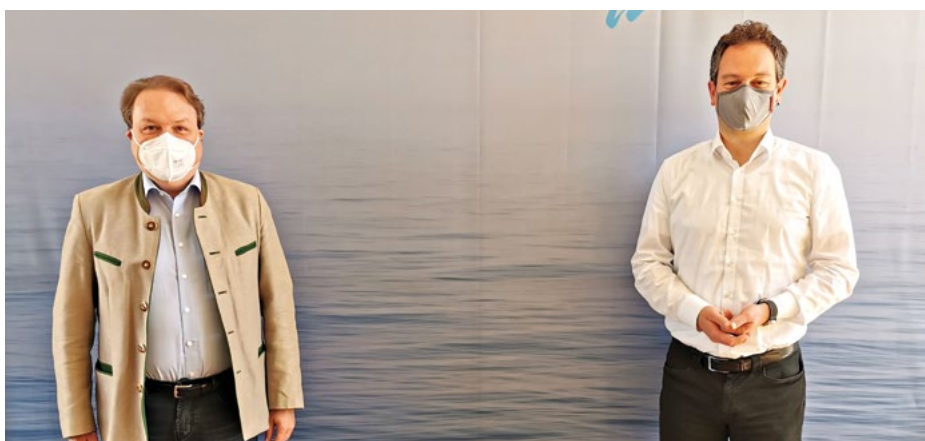
Helmut Radlmeier

FÜR UNS
IM LANDTAG



Hochwasserschutz wird verbessert

Abgeordneter Radlmeier im Gespräch mit dem Wasserwirtschaftsamt



Über Verbesserungen des Hochwasserschutzes in Altdorf und Landshut sprachen Landtagsabgeordneter Helmut Radlmeier (l.) und der Leiter des Wasserwirtschaftsamtes Landshut, Constantin Sadgorski.

Ob Pfettrach oder Isar: So schön Wohnen am Wasser sein kann, so oft bringen Gewässer in der Nähe ganz eigene Herausforderungen mit sich. Gerade im Bereich Planen und Bauen erschwert ein Bach oder Fluss in der Umgebung oft entsprechende Vorhaben. Zusammen mit dem Leiter des Landshuter Wasserwirtschaftsamtes, Constantin Sadgorski, besprach Landtagsabgeordneter Helmut Radlmeier (CSU) aktuelle Fälle aus Altdorf und Landshut.

Zur Sprache kam die derzeitige Situation im Ortskern von Altdorf: Die Marktgemeinde würde gerne Baulücken schließen. „Ganz nach dem flächenschonenden Prinzip, Innen

statt Außen' wäre das eigentlich der richtige Weg“, merkte Landtagsabgeordneter Radlmeier an. Das Problem: Weite Teile des Zentrums entlang der Pfettrach sind als Überschwemmungsgebiet ausgewiesen. Eine Bebauung wird damit nahezu unmöglich. Die Behörden seien hier an das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes gebunden, wie Wasserwirtschaftsamtsleiter Constantin Sadgorski ausführte.

Abhilfe könnten Hochwasserschutzmaßnahmen schaffen, die das Wasserwirtschaftsamt derzeit auch vorantreibt. Allerdings würden für den kommenden Bauabschnitt Flächen fehlen, weil die Eigentümer sie nicht

veräußern möchten. Radlmeier und Sadgorski appellierten daher gemeinsam an die Grundbesitzer, ihre Flächen zum Wohl der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Etwas weiter sei man an anderer Stelle: Die Kleine Isar in Landshut wird erneut ausgebaggert. „Wir haben in den letzten Monaten mehrere Vermessungen der Isar in Auftrag gegeben und das Hochwasser-Risiko anhand von hydraulischen Berechnungen analysiert. Da es in der Kleinen Isar und unterhalb des Isar-Spitzes zu Auflandungen gekommen ist, wird hier wieder ausgebaggert“, erläuterte Sadgorski. „Das ist die richtige Reaktion“, befand Radlmeier. „Das verbessert den Schutz der Anwohner. Gleiches gilt für die geplante Erhöhung des Uferwegs zwischen Buchenlandweg und Zipserweg“, so der Abgeordnete, der sich seit Jahren auch für eine Ausbaggerung der Großen Isar einsetzt.

Eine weitere Schutzmaßnahme: Das Wasserwirtschaftsamt versucht, den Kies künftig bereits oberhalb von Landshut abzufangen. Dafür soll eine Art Kiesfang in der Isar installiert werden. „Dadurch soll langfristig die Verlandung der Isar im Bereich von Mitterwöhr reduziert werden“, schilderte Sadgorski. Ob das Vorhaben gelingt, soll eine Machbarkeitsstudie zeigen, die in diesem Jahr in Auftrag gegeben wird.

Fragen, Anregungen oder Anliegen? Einfach melden bei:

Helmut Radlmeier

Freyung 618, 84028 Landshut
Telefon: 0871 96633572, Fax 96633576

✉ buero@helmut-radlmeier.de

🌐 www.helmut-radlmeier.de

Manches lässt sich am besten im vertraulichen, persönlichen Gespräch klären.



Nutzen Sie dazu die nächste Telefonsprechstunde am Montag, 25.04.2022, 11 - 12 Uhr



Folgen Sie mir auf Facebook:

facebook.com/Radlmeier.Helmut

Alle Ausgaben von „Neues aus dem Landtag“ finden Sie auch im Internet unter https://helmut-radlmeier.de/4_26_Newsletter-Archiv.html

„Thema bewegt uns“

Auswirkungen der Impfpflicht in den Krankenhäusern



Jakob Fuchs (l.), geschäftsführender Vorstandsvorsitzender der Lakumed Kliniken, und Helmut Radlmeier sprachen über die einrichtungsbezogenen Impfpflicht sowie über den Medizincampus Niederbayern

Seit dem 15.3. gilt auch in Krankenhäusern in der Region eine Impfpflicht für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Über die aktuelle Impfquote in den Häusern sowie die Auswirkungen einer Impfpflicht sprach Helmut Radlmeier mit den beiden Interims-Geschäftsführern Prof. Dr. Florian Löhe und André Naumann (Klinikum Landshut) und Jakob Fuchs, geschäftsführender Vorstandsvorsitzender der Lakumed-Gruppe.

Sozialverbände, Gewerkschaftsbund, Rotes Kreuz: Auf breiter Front gab es in den vergangenen Wochen Kritik an der von der Ampel-Regierung in Berlin beschlossenen Impfpflicht für Bereiche des Gesundheits- und Pflegewesens. Seit dem 15. März müssen alle Beschäftigten bestimmter Einrichtungen geimpft oder genesen sein. Auch den Landshuter Krankenhäusern bereitete diese Impfpflicht Sorgen: „Lange waren noch viele Fragen offen. Bis vor kurzem stand noch nicht einmal exakt fest, welche Einrichtungen bzw. Einrichtungsteile genau von der Impfpflicht umfasst sind und welche nicht“, erläuterte Fuchs seine Bedenken. „Seit dem 15.3. sind wir gesetzlich dazu verpflichtet, den Impfstatus aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem Landshuter Gesundheitsamt zu melden. Was dann geschieht, haben wir nicht mehr in der Hand. Sollten die Gesundheitsämter Betretungsverbote aussprechen, dann werden viele Einrichtungen und Krankenhäuser in Deutschland in eine sehr ernste Lage kommen“, so Naumann.

Dabei gehe es gar nicht um viele Personen: „Bei uns im Klinikum sind weit über 90 Prozent aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geimpft“, berichtete Naumann. Doch jeder Abgang würde schmerzen. „Wir können uns Abgänge schlicht nicht leisten“, hielt Löhe fest.

Gerade der Freistaat Bayern hatte wiederholt Nachbesserungen vom Bund angemahnt, schilderte Landtagsabgeordneter Helmut Radlmeier, Mitglied des Landtags-Ausschusses für Gesundheit und Pflege. In der Folge habe das Bundesgesundheitsministerium sich bewegt und eine Handreichung veröffentlicht. „Diese Handreichung umfasst nicht weniger als 23 Sei-

ten! Daran sieht man, wie viele Fragen bisher noch völlig offen waren“, so Radlmeier, der mehrmals auf die Probleme in der Praxis hingewiesen hat. Ein großes Problem bleibe aber weiterhin, dass man Einzelfallentscheidungen auf die ohnehin schon belasteten Gesundheitsämter abschieben wolle, war man sich einig.

Medizincampus: Entscheidung steht an

Bei ihrem Gespräch im Achdorfer Krankenhaus hatten Fuchs und Radlmeier aber auch erfreuliche Themen auf ihrer Agenda: Der Freistaat plant derzeit den Aufbau eines Medizincampus Niederbayern. Dadurch wird es zum ersten Mal möglich, Medizin in Niederbayern studieren zu können. „Künftig bilden wir unseren Ärzte-Nachwuchs direkt in der Region aus“, fasste Radlmeier die Intention dahinter zusammen. Landshut sei für ihn als ein Standort des Medizincampus auf jeden Fall gesetzt, so der Abgeordnete. „Es gibt sehr gute Argumente für Landshut. Die Region ist schließlich der größte Klinik-Standort im Bezirk Niederbayern“, betonte Fuchs.

Radlmeier lobte das gemeinsame Vorgehen von Lakumed und Klinikum in dieser Sache: „Gemeinsam ist man stark! Der Medizincampus ist hier das beste Beispiel dafür“, bekräftigte der Abgeordnete, der diese Kooperation als wichtigen Schritt hin zu einem möglichen Klinikverbund sieht. Zunächst aber konzentrierte sich alles auf den Medizincampus.



Helmut Radlmeier besprach die Umsetzungs-Hürden der einrichtungsbezogenen Impfpflicht mit den Interims-Geschäftsführern des Landshuter Klinikums, André Naumann (l.), und Prof. Dr. Löhe (r.)



Besuch der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf

Der CSU-Arbeitskreis für Wissenschaft und Kunst informierte sich an der Moorforschungsstation der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf über die Bedeutung der Renaturierung von Mooren in Zeiten des Klimawandels. *Foto: HS Weihenstephan-Triesdorf*



Sanierung Gedenktafeln

Helmut Radlmeier unterstützte die Erneuerung der Gedenktafeln der Kirchengemeinde Münster für die Gefallenen und Vermissten der Weltkriege. Die Kirchenverwaltung mit Kirchenpfleger Adalbert Huber (l.) suchte dafür Spender.



Eröffnung Wundambulanz

Bayerns dritte Wundambulanz wurde im Beisein von Gesundheitsminister Klaus Holetschek am Klinikum Landshut eingeweiht. Die Wundambulanz ist eine Anlaufstelle für Patienten mit chronisch oder schlecht heilenden Wunden. *Foto: Klinikum Landshut.*



CSU Essenbach

Virtuell hielt die CSU Essenbach ihre Ortshauptversammlung ab. Helmut Radlmeier ging in seinem Beitrag vor allem auf die gesundheits- und pflegepolitischen Projekte in der Region ein.



Treffen mit Vitali Klitschko

Im Vorfeld der Münchener Sicherheitskonferenz traf Helmut Radlmeier auf Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko. Klitschko berichtete eindrücklich die angespannte Lage in der Ukraine. Wenige Tage später griff Russlands Präsident Putin die Ukraine an.



Landshuts Bundespräsident

Im Kontext einer Ausstellung zu Roman Herzog nahm Helmut Radlmeier von Richard Hillinger (l.) eine Bronze-Büste des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten entgegen.

Initiativen für Haushalt

CSU-Fraktion bringt Vorschläge ein

Die Regierungsfractionen haben im Haushalt 2022 60 Millionen Euro vorgesehen, um eigene finanzpolitische Akzente zu setzen und den Regierungsentwurf abzurunden.

Besonders unterstützt werden dabei der Wissenschaftszweig mit zahlreichen Forschungsprojekten, beispielsweise im Bereich Long Covid und erneuerbarer Energie – sowie weitere von Corona besonders betroffene Bereiche wie Kunst und Kultur.

Auch der ländliche Raum ist den Fraktionen ein Anliegen, weshalb die Mittel für die Dorferneuerung massiv aufgestockt werden. Durch sie und die erfolgreichen Maßnahmen der Ämter für Ländliche Entwicklung werden Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen im ländlichen Raum gezielt unterstützt. Mit den Mitteln sollen vor allem die Infrastruktur angepasst und auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung reagiert werden können.

Da das Interesse an derartigen Programmen vor allem in Niederbayern sehr groß ist, hatten sich die niederbayerischen CSU-Abgeordneten im Vorfeld für eine Mittelserhöhung besonders eingesetzt. 5 Millionen Euro sind für die Dorferneuerung vorgesehen – der mit Abstand größte Posten unter den 159 Projekten. Ein weiterer Fokus liegt auf der pflegerischen Infrastruktur. Für die CSU ist es von großer Bedeutung, dass die pflegerische Versorgungsstruktur sowohl bedarfsgerecht als auch flächendeckend vorhanden ist. Deshalb wird das beliebte Förderprogramm ‚PflugesoNah‘ mit 1,6 Millionen Euro gestärkt.

Entlastung bei Energiepreisen

CSU-Fraktion fordert Maßnahmen

Sofort und deutlich runter mit den Verbrauchssteuern auf Energie, insbesondere mit der Energie- und Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe: das forderte die CSU-Fraktion per Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag. So sollen insbesondere die Bürger schnell massiv entlastet werden.

Im Dringlichkeitsantrag wird die Staatsregierung aufgefordert – die entsprechenden Maßnahmen auf Bundesebene einzufordern. Im Detail soll die Mehrwertsteuer auf Strom-, Kraft- und Heizstoffe auf 7 Prozent, die Stromsteuer auf das europarechtliche Mindestmaß und die Energiesteuer auf Kraft und Heizstoffe massiv gesenkt werden.

Die Pendlerpauschale soll rückwirkend zum 1. Januar auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer erhöht werden. Nach Ansicht der

CSU-Fraktion muss die Ampel-Regierung im Bund hier schnellstmöglich handeln. Der Staat dürfe sich nicht am Bürger bereichern – daher müssen die Energiesteuern dringend gesenkt werden. Auch in der Wirtschaft drohen Arbeitsplatzverluste durch die exorbitant gestiegenen Energiepreise.

Zudem soll nach dem Willen der Fraktion geprüft werden, die Laufzeiten der Atomkraftwerke, die noch im Betrieb sind um drei bis fünf Jahre zu verlängern. Zusätzlich soll geprüft werden, ob die zum 31.12.2021 abgeschalteten Meiler wieder in Betrieb genommen werden können.

Mit einem weiteren Maßnahmenpaket sollen über den Bund die Reservekapazitäten für Energie gestärkt und die Energiewende beschleunigt werden.

Unter der Rubrik „Radlmeiers Nachschlag“ gibt Helmut Radlmeier seine ganz persönliche Sicht zu einem aktuellen Thema wieder.

Lupenreiner Kriegsverbrecher

Als „lupenreinen Demokraten“ hatte Alt-Kanzler Gerhard Schröder Russlands Dauer-Präsidenten Wladimir Putin einst bezeichnet. Unabhängig davon, dass Putin das niemals war – Putin ist mittlerweile ein lupenreiner Kriegsverbrecher.

Das seit vielen Jahren unvorstellbare ist nun tatsächlich geschehen: Es herrscht Krieg in Europa!

Mit dem Überfall auf Russlands Nachbarstaat Ukraine hat Putin ihn entfesselt. Es ist ein Angriffskrieg, der immer schmutziger geführt wird, je länger die Erfolge der russischen Streitkräfte auf sich warten lassen.

Putin hat den Willen der Ukrainer, ihre Heimat zu verteidigen unterschätzt. Verbittert wird um die Städte der Ukraine gekämpft,



Die CSU Aschaffenburg-Stadt verteilt Postkarten, die mit einer klaren Botschaft an den Kreml adressiert sind.

selbst mit einfachsten Mitteln wird der vermeintlichen Übermacht Russlands Paroli geboten. Im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz traf ich auf Vitali Klitschko, den Bürgermeister von Kiew. Er machte damals

deutlich, dass das ukrainische Volk seine Heimat, sein Land, seine Familien bis zum letzten Mann verteidigen werde. Damals hofften alle noch, es würde nicht zum Krieg kommen. Doch er kam.

Seitdem sehen wir Tag für Tag die Bomben auf ukrainische Städte fallen. Seien es Wohnhäuser oder Krankenhäuser: Nichts ist vor den russischen Angriffen sicher, nichts ist mehr heilig. Die Bilder und Aufnahmen der verwüsteten Städte erschüttern mich zutiefst. Wer hätte gedacht, dass wir das in Europa noch einmal erleben müssen? Doch die Zeit des Friedens auf unserem Kontinent ist vorbei.

Wie ist Ihre Meinung dazu? Schreiben Sie mir unter helmut.radlmeier@csu-landtag.de.